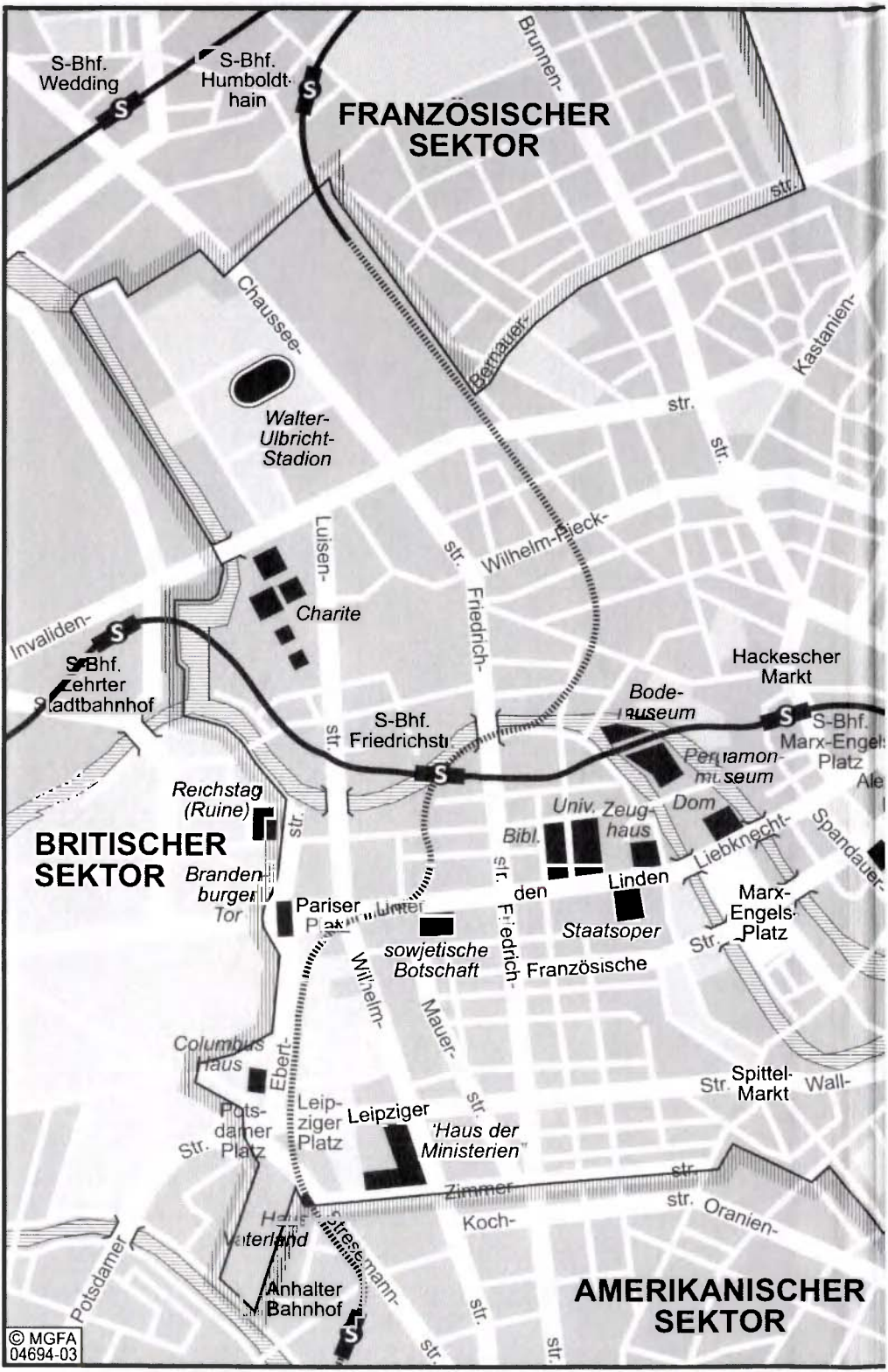
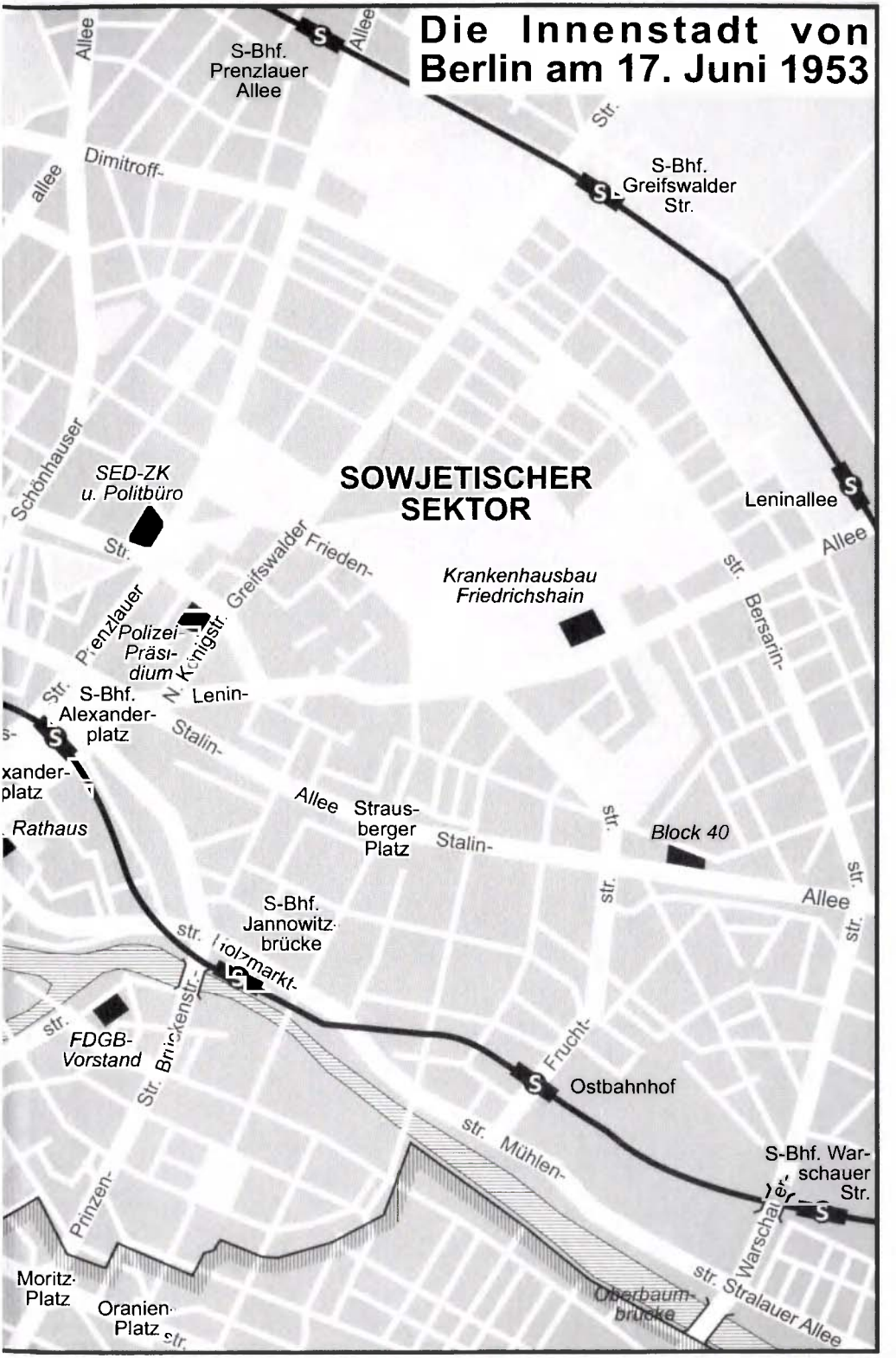

S-Bhf. Wedding
S-Bhf. Humboldthain
FRANZÖSISCHER SEKTOR
Brunnen-
Chaussee-
Bernauer-
Kastanien-
str.
Walter-Ulbricht-Stadion
Luisen-
Wilhelm-Pieck-
Friedrich-
Charite
Invaliden-
S-Bhf. Lehrter Stadtbahnhof
Hackescher Markt
Bode-Museum
S-Bhf. Friedrichstr.
S-Bhf. Marx-Engels-Platz
Pergamon-Museum
Reichstag (Ruine)
BRITISCHER SEKTOR
Dom
Univ. Zeughaus
Bibl.
Liebknecht-
Spandauer-
Brandenburger Tor
Pariser Platz
Unter den Linden
Staatsoper
Marx-Engels-Platz
sowjetische Botschaft
Französische
Wilhelm-
Mauer-
Columbus Haus
Ebert-
Spittel-Markt
Wall-
Potsdamer Platz
Leipziger Platz
Leipziger
"Haus der Ministerien"
Zimmer
Koch-
Oranien-
Stresemann-
Anhalter Bahnhof
Potsdamer
AMERIKANISCHER SEKTOR
© MGFA 04694-03


Die Innenstadt von Berlin am 17. Juni 1953
SOWJETISCHER SEKTOR
S-Bhf. Prenzlauer Allee
S-Bhf. Greifswalder Str.
SED-ZK u. Politbüro
Polizei-Präsidium
Krankenhausbau Friedrichshain
S-Bhf. Alexanderplatz
Rathaus
Straußberger Platz
Block 40
S-Bhf. Jannowitzbrücke
FDGB-Vorstand
Ostbahnhof
S-Bhf. Warschauer Str.
Leninallee
Dimitroff-allee
Schönhauser Allee
Greifswalder Straße
Prenzlauer Allee
Lenin-Allee
Stalin-Allee
Bersarin-straße
Königstr.
Holzmarkt-straße
Brückenstr.
Frucht-straße
Mühlen-straße
Prinzen-straße
Warschauer Straße
Stralauer Allee
Moritz-Platz
Oranien-Platz
Oberbaum-brücke

Torsten Diedrich • Waffen gegen das Volk

Torsten Diedrich

Waffen gegen das Volk

Der 17. Juni 1953 in der DDR

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Str. 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier (chlorfrei gebleicht).

Vordere Umschlagseite: Mit Steinen greifen Ostberliner Arbeiter russische Panzer an (dpa/SV -Bilderdienst 335623)
Hintere Umschlagseite: Beseitigung eines Grenzschildes an der Berliner Sektorengrenze (Landesarchiv Berlin 362850)

Satz: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam
Grafiken: Bernd Nogli, Zeichen- und Kartenstelle des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam
Umschlaggestaltung: Maurice Woynoski, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam
Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56735-7

Inhalt

Vorwort	VII
Einleitung	IX
I. Der Weg in die Krise	1
Europa im Kalten Krieg	1
Das Schlüsseljahr 1952 in der DDR	8
Der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und die Militarisierung der DDR	13
Vom Kurswechsel zur Regimekrise	30
Verfehltes Krisenmanagement	46
II. Der Aufstand	53
16. Juni 1953 – die Initialzündung	53
Die Demonstration der Berliner Bauarbeiter	56
17. Juni 1953 – die Eruption in Berlin	64
Panzer in Ostberlin	71
Das ganze Land im Aufstandsfieber?	83
Die Unterdrückung der Proteste im Land Brandenburg	90
Relative Ruhe in Thüringen? Die Unruhe der Wismut-Kumpel	96
Die Massenerhebung im mitteldeutschen Industriegebiet	103
Aufstände zur Machtübernahme – die Ereignisse in Bitterfeld und Görlitz	117
Unruhen nach dem 17. Juni und auf dem Lande – ein Streiflicht	126
III. Der 17. Juni 1953 – Erfahrungsgeschichte und Rezeption	135
Arbeiterprotest, Volksaufstand oder Revolution?	136
Eine Protestbewegung aller Bevölkerungsschichten	147
Die Deutung des 17. Juni in der Historiographie	155
Die Macht und Ohnmacht des Militärs	165
Die sowjetische Strategie der massiven Einschüchterung	167
Machtlose Volkspolizei und versagende Staatssicherheit	172
Hat die KVP als Machtorgan der SED versagt?	181
Zwischen Pflichtbewußtsein und Zweifel	191

Mit »Zuckerbrot und Peitsche« – SED-Politik nach dem 17. Juni 202
Mobilmachung einer »Arbeiterregierung« gegen ihr Volk 207
Resümee 215

Bildteil 217
Abkürzungen 233
Literaturverzeichnis 237
Ortsregister 257
Angaben zum Autor 261

Vorwort

»Ist es so, daß morgen der 17. Juni beginnt?« rief nicht ohne Grund der greise Minister für Staatsicherheit, Erich Mielke, angesichts des demonstrierenden Volkes der DDR im Herbst 1989 aus. Der Aufstand der Bevölkerung gegen die SED-Diktatur im Juni 1953 hatte sich über fast vierzig Jahre der Existenz des ostdeutschen Staates als ein Alptraum tief in die Seelen der Herrschenden gebrannt. Mit dem kurz darauf folgenden Untergang des »DDR-Sozialismus« vollendete sich, was am 17. Juni 1953 mißlang.

2003 jährt sich ein historisches Ereignis zum fünfzigsten Mal, welches wohl wie kaum ein anderes deutsche Nachkriegsgeschichte geschrieben und geprägt hat. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zählt zweifellos zu den bedeutendsten demokratischen Massenbewegungen in der deutschen Geschichte. Als Bestandteil der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in der Phase des Kalten Krieges steht er mit seinen nachhaltigen Auswirkungen auf die »doppelte Vergangenheit« der Deutschen zu Recht nach wie vor im Fokus des historiographischen Interesses.

Ihre militär- und sicherheitspolitische Bedeutung erlangte die Volkserhebung nicht nur wegen der Niederschlagung der Protestbewegung durch sowjetische Besatzungstruppen und die »getarnte Armee« der DDR. Sie liegt insbesondere in der langfristigen Wirkung des Datums auf die gesamte ostdeutsche Gesellschaft. Das rigide innere Sicherheitssystem der DDR entstand nach dem 17. Juni 1953 als Produkt eben jenes Traumas, welches die herrschende Arbeiterregierung als offenkundige Delegitimierung durch das Volk erlebte. Letztlich führte der Volksaufstand zu einer übersteigerten Bedrohungsperzeption der SED- und Staatsführung, die sich in einem Netz von Sicherheitsorganen, von Überwachung und Kontrolle niederschlug, ohne dessen Kenntnis und Offenlegung der DDR-Staat und seine Gesellschaft heute gar nicht erklärbar sind.

Seit 1990 erforscht das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) in einem Schwerpunkt die Militärgeschichte der ehemaligen DDR als Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Das MGFA leistet damit einen spezifischen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Analyse des Militär- und Sicherheitsapparates der DDR im Wechselwirken mit dem von der UdSSR dominierten Warschauer Pakt ermöglicht nicht nur Einblicke in die Herrschaftsmechanismen der »Diktatur des Proletariats«, sondern bildet gleichzeitig eine unverzichtbare Grundlage zum Verständnis der Gesellschaft der DDR, von Lebenswelten und Alltag, aber auch von Opposition,

Unterordnung und Gewöhnung. Dies alles sind wichtige Bausteine, die für das zusammenwachsende Deutschland den Blick auf vierzig Jahre DDR-Diktatur öffnen und daher notwendiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sind.

In dem vorliegenden Buch widmet sich der Autor insbesondere den militärhistorischen Aspekten des Volksaufstandes im Juni 1953. Er untersucht die Aufrüstung und Militarisierung der DDR-Gesellschaft ab 1952 als eine wesentliche Ursache für die wirtschaftliche, aber auch politische Krise des SED-Staates. Mit Hilfe neuer Dokumente werden der Einsatz sowjetischer Streitkräfte, der Kasernierten Volkspolizei und der Polizei der DDR gegen die Protestierenden beschrieben und analysiert. In der Summe zeigt die Darstellung, wie das SED-Regime nach dem 17. Juni 1953 gegen das eigene Volk mobil machte und damit die Grundlage dafür schuf, daß sich die DDR zu einer durchherrschten und militarisierten Gesellschaft entwickelte.

Der Band versteht sich als Beitrag des MGFA, die Erinnerung an eine der größten deutschen Massenbewegungen für Demokratie und Freiheit im Bewußtsein der heutigen und folgender Generationen wachzuhalten.

Mein besonderer Dank gilt dem Autor, Dr. Torsten Diedrich, der mit großem Einsatz die komplexe Materie aufgearbeitet und das Manuskript erstellt hat. Ich danke ebenfalls all denen, die zum Gelingen des Buchprojekts beigetragen haben, insbesondere dem Lektor Dr. Hans-Joachim Beth, Frau Antje Lorenz für die Texterfassung, Herrn Bernd Nogli für die Karten, Herrn Maurice Woynoski für die Gestaltung des Bandes, Frau Marina Sandig bei der Unterstützung der Bildgestaltung und dem Leiter der Schriftleitung, Dr. Arnim Lang, der gemeinsam mit Oberst Dr. Hans Ehlert, Leiter des Forschungsbereiches »Militärgeschichte der DDR«, die Publikation in jeder Hinsicht befördert und damit ihr zeitgerechtes Erscheinen sichergestellt hat.

Dr. Jörg Duppler
Kapitän zur See und Amtschef des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Potsdam im Februar 2003

Einleitung

Vor fünfzig Jahren – am 17. Juni 1953 – prägten sowjetische Panzer vielerorts das Bild von Straßen und Plätzen in der DDR. Es waren keine Soldaten, die den sowjetischen Streitkräften gegenüberstanden, sondern überwiegend friedlich gegen die sozialen und politischen Verhältnisse protestierende Arbeiter, Handwerker, Hausfrauen und Jugendliche. Sie artikulierten ihre Unzufriedenheit mit einem Sozialismus, der ihnen Gleichheit und Wohlstand versprach, jedoch wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repressionen brachte. Die Streiks und Demonstrationen sowie die aufgestellten Forderungen drückten den Willen nach politischen Veränderungen in der DDR aus.

Sowjetisches Militär, Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) und Angehörige anderer Sicherheitsorgane unterdrückten den Protest von mehr als einer halben Million Menschen. Das SED-Regime, anfangs handlungsunfähig und fast entmachtet, aber mit Hilfe der Bajonette der Besatzungsmacht UdSSR wiederbelebt, erstickte den Unwillen des Volkes. Der Versuch der Opponierenden, demokratische Grundrechte in der DDR durchzusetzen bzw. die SED-Diktatur von sowjetischen Gnaden zu beseitigen, scheiterte, noch ehe sich aus der Massenbewegung ein zielgerichteter, organisierter politischer Aufstand entwickeln konnte.

Der Volksaufstand gehört unzweifelhaft in die demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ebenso wie in die Reihe von antidiktatorischen und antitotalitären Erhebungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Soziale und politische Freiheit sowie die Erlangung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte waren zentrale Ziele der Protestbewegung. Dabei erfolgte 1953 eine spontane politische Polarisierung quer durch die gesamte Gesellschaft der DDR, beteiligten sich, wie in kaum einer deutschen Massenbewegung zuvor, fast alle Bevölkerungsschichten an den Protesten. Dementsprechend breit war das Spektrum der Forderungen der Protestierenden von rein sozialen bis hin zu radikal politisch verändernden Zielen. Die sich erhebende Arbeiterschaft nutzte im Juni 1953 historische Kampfformen der Arbeiterbewegung und setzte damit nach den Zweiten Weltkrieg ein erneutes Symbol deutscher Demokratiebestrebungen für Selbstbestimmung und Freiheit. Aus diesen Gründen darf der Volksaufstand in der DDR nicht auf nationale Aspekte oder gar auf die Wiedervereinigung als Ziel reduziert werden, sondern ist in seiner gesamten Breite als Demokratie- und

Freiheitsbewegung in die wissenschaftliche Analyse einzubeziehen und in der öffentlichen Erinnerung zu halten.

Der 17. Juni stellt gleichwohl einen Markstein in der internationalen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur in einem Europa dar, das zu dieser Zeit stark vom Ost-West-Konflikt der divergierenden Gesellschaftssysteme geprägt war. Internationale Bedeutung erlangte der Volksaufstand in der DDR zudem als die erste Erhebung gegen das stalinistische Gesellschaftssystem und als der Beginn einer Reihe international zu beachtender Aufstände gegen diktatorische kommunistische Regime. Er war zugleich die »Legitimitätskrise des Stalinismus per excellence«, denn »ausgerechnet das Proletariat revoltierte gegen die Politik des sozialistischen Aufbaus, die die Partei angeblich in seinem Interesse verfolgte«[1]. Der Volksaufstand in der DDR 1953 wird sowohl in den folgenden Erhebungen in Polen und Ungarn 1956, beim Prager Frühling 1968 in der ČSSR, 1980/81 in Polen und letztlich 1989 in der DDR reflektiert, er gehört außerdem in die unauslöschliche Erfahrungsgeschichte des sozialistischen Herrschaftssystems, sei es für die SED-Führung wie auch für die Regierenden in den Ostblockstaaten unter der Ägide Moskaus.

Ebenso bedeutend ist seine Stellung in der nationalen deutschen Geschichte. Das vergangene Jahrhundert sah Millionen von Deutschen willig dem Kaiser 1914 in den Ersten, dem »Führer« 1939 in den Zweiten Weltkrieg folgen. Nach dem Ersten Weltkrieg erhob sich das kriegsmüde und hungernde deutsche Volk gegen den monarchistischen Staat. Im Zweiten Weltkrieg blieb die Bevölkerung, selbst angesichts des erbarmungslosen Vernichtungskrieges des NS-Regimes und der immer offensichtlicher werdenden Niederlage, ja des drohenden Unterganges des deutschen Volkes, williger Statist einer selbstherrlichen deutschen Führung auf der Bühne der Weltgeschichte[2]. Es erwies sich in dieser Phase als nicht fähig, Demokratie und Menschenrechte gegen die Diktatur durchzusetzen. Der 17. Juni 1953 sah nun endlich die Ostdeutschen in dieser Rolle – in dem Versuch der plebeszitiven Auflehnung gegen den SED-Staat. Auch wenn die Volkserhebung in kurzer Zeit niedergeschlagen wurde, setzte die Bevölkerung der DDR doch ein international stark beachtetes Zeichen, daß sie sich nicht willenlos in diese zweite Diktatur ergeben werde.

Damit prägte der Volksaufstand das Bild des geteilten Nachkriegsdeutschland entscheidend mit. Die DDR gelangte im Legitimitäts- und Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen gegenüber der Bundesrepublik endgültig ins Hintertreffen, ihre Ideen der »Magnetwirkung« auf die Bundesrepublik wurden eigentlich obsolet. Offensichtlich stellte die Erfahrung diktatorischen Handelns hinter dem Eisernen Vorhang auch den Katalysator

---

1 Vgl. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 119.

2 Wilke, Aspekte des 17. Juni 1953 für die deutsche Nationalgeschichte, in: Symposium für ein Denkmal, S. 46.

einer längst vollzogenen Spaltung dar, sowohl in den Köpfen der Bevölkerung als auch bei den politisch Führenden in Ost und West. In der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung von der Richtigkeit der Politik einer stringenten Westintegration unter Hintanstellung der Wiedervereinigung. Im Osten führte die Entwicklung gleichsam über die Theorie, daß die »deutsche Frage« durch die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen gelöst sei, hin zur Kreierung der »eigenständigen sozialistischen Nation« in der DDR.

Wie sehr der Volksaufstand die SED-Herrschaft auch in ihren eigenen Augen in Frage stellte, wurde nach der Öffnung der Archive der ehemaligen DDR deutlich. Mühsam konstruierte die SED das Bild des »konterrevolutionären Putschversuches«, um die Legitimität des »Sozialismus-Modells« in der DDR überhaupt noch begründen zu können. Beweise indes konnte auch ein eifrig bemühter Staatsicherheitsdienst nicht erbringen. Es war etwas passiert, was der marxistisch-leninistischen Theorie Hohn sprach – die von »Ausbeutung und Unterdrückung befreiten« Arbeiter wandten sich gegen den als bessere Gesellschaft deklarierten Sozialismus, weil die ergreifende Theorie mit der erlebten Praxis in keiner Weise in Einklang zu bringen war. Der SED-Staat von Moskaus Gnaden, von innen nicht durch freie Wahlen legitimiert, von der westlichen Welt nicht anerkannt, sah sich zur Erhaltung seiner Existenz gezwungen, sein Volk bewaffnet niederzuwerfen. Erstmalig offenbarte damit der Sozialismus stalinistischer Prägung auf deutschem Boden das Gesicht einer machtorientierten, wandlungsunfähigen Diktatur.

Als bedeutendes Symbol der antitotalitären Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung gewinnt der Volksaufstand ein politisch-kulturelles Identifikationspotential, das für die innere Einheit des nunmehr gemeinsamen Deutschland mit seiner geteilten Geschichte und Erinnerung so wichtig ist. Es sind der demokratiefordernde Charakter der Volkserhebung, der Kampf gegen totale Durchherrschung der Gesellschaft und staatliche Unterdrükkung sowie für die Durchsetzung der Grundrechte der Menschen und die individuelle Freiheit, die den 17. Juni 1953 heute und zukünftig als ein Thema der gesellschaftlichen Demokratiebestrebung, der öffentlichen Erinnerung wertvoll machen.

Letztlich repräsentiert der Juni-Aufstand mit seinen weitreichenden Folgen ein wesentliches, erfahrungsgeschichtlich konstitutives Element der nachfolgenden DDR-Gesellschaft – als Oppositionserfahrung der Bevölkerung mit traumatisch-verdrängenden Auswirkungen, als Herrschaftserfahrung mit ebenso traumatischen, aber gleichwohl struktur- und selbstverständnisbestimmenden Folgen im Macht- und Herrschaftsapparat des SED-Staates. Insofern ist es durchaus richtig, daß sich die Erforschung des Volksaufstandes keinesfalls auf den begrenzten Zeitraum der Aktion beschränken darf, sondern seine langfristige gesamtgesellschaftliche Relevanz in den Blick nehmen muß. Hier besteht durchaus für die Zukunft noch gewichtiger Forschungsbedarf.

Die Struktur und das Selbstverständnis der sozialistischen Diktatur allgemein und insbesondere der DDR erscheinen ohne den Volksaufstand 1953 und dessen innere und äußere Folgen im Ostblock weder erklärbar noch verständlich. Das Sicherheitssystem, die Mechanismen der Überwachung und der Kontrolle, aber auch der gesellschaftlichen Einvernahme ebenso wie der Repression und Verfolgung Andersdenkender sind stark von Erfahrungen aus dem Kalten Krieg und der Volkserhebung gegen den SED-Staat geprägt. Wie auch immer sich die DDR-Gesellschaft in den vierzig Jahren ihrer Existenz veränderte, Stabilität oder Instabilität des Systems zu beurteilen waren, die SED hat bis 1989 nie auf gewaltsame Formen der Herrschaftssicherung verzichtet und dafür einen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassenden Sicherheitsapparat installiert.

Die Juni-Ereignisse 1953 gingen in die deutsche Geschichte ein als »Volksaufstand« und gefeierter Nationalgedenktag auf der einen, als »konterrevolutionärer Putschversuch« auf der anderen Seite. Ebenso kontrovers, wie sich die beiden deutschen Staaten insgesamt gegenüberstanden, war auch ihre Bewertung der Juni-Unruhen 1953. In hohem Maße prägten politische Erwägungen die Sicht auf die Ereignisse und gaben in der DDR den Rahmen zur Aufarbeitung und Bewertung für die Geschichtswissenschaft vor. Auch hier haben sich sowohl in Ost als auch in West Langzeitwirkungen eingestellt, von verfestigten Bildern und Deutungsmustern bis hin zu Verdrängung und Desinteresse. Auch fünfzig Jahre nach dem Volksaufstand besteht nicht nur die Notwendigkeit, ein Vergessen zu verhindern, sondern es muß noch immer gegen ideologisierte Denkmuster angekämpft, aufgeklärt und erläutert werden.

Die friedliche Revolution 1989/90 stellte und stellt die Historiker vor die Aufgabe, historische Prozesse in der deutschen Nachkriegsgeschichte neu und tiefgründig zu durchdenken und aufzuarbeiten. Seit 1990 erschien eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen zum 17. Juni 1953, die sowohl eine Gesamtschau der Ereignisse bieten als sich auch fachspezifischen bzw. regionalgeschichtlichen Aspekten des Volksaufstandes widmen. Sie haben das Wissen um die Volkserhebung stark bereichert und dokumentieren die Vielfalt der Protestbewegung, bieten unterschiedliche Perspektiven, zeigen aber auch, daß der Quellenpool immer noch nicht ausgeschöpft ist.

Die militärgeschichtlichen Aspekte des Volksaufstandes wurden von mir schon einmal aufgegriffen. Mit dem 1991 im Karl Dietz Verlag erschienenen Buch[3] wollte ich einen ersten Beitrag zur Untersuchung der Geschichte des gescheiterten totalitären Systems in der DDR leisten. Die Arbeit spiegelt den damaligen Erkenntnisstand wider. In Mittelpunkt der Darstellung stand der Einsatz der Sicherheitsorgane der DDR, der Sowjetarmee, vor allem jedoch der Kasernierten Volkspolizei gegen das Volk. Nicht selten jedoch wurde die Studie als eine umfassende Monographie zur Geschichte des 17. Juni

---

[3] Vgl. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk.

1953 verstanden. Man kritisierte beispielsweise, daß die Rolle der Proteste auf dem Lande oder anderer gesellschaftlicher Schichten nicht tiefgründig genug ausgelotet worden sei. Das war tatsächlich nicht möglich. Ich bin froh, nicht all dies versucht zu haben, denn ich hätte nie diese Fülle von Ansätzen, tiefgründig analysierten Teilaspekten, aber auch divergierenden Interpretationen bieten können. Selbst zu dem damals im Zentrum stehenden Thema der bewaffneten Gewalt gegen das Volk hat es inzwischen auch aus Moskauer Archiven neue Dokumente und Erkenntnisse gegeben. Die Überlieferungen sind so reichhaltig, daß selbst nach Jahren intensiver Forschungen noch Desiderate bleiben.

Mit der hier vorliegenden Publikation ist trotz der Abstützung auf frühere Forschungsergebnisse ein völlig neues Buch entstanden, welches zum Einsatzverhalten der sowjetischen Streitkräfte, der KVP und der Polizei neue und erweiterte Erkenntnisse vorlegt. Gleichzeitig wird in der Studie der Versuch unternommen, eine für alle Interessierten gut lesbare Zusammenfassung von Ursachen, Verlauf und Folgen des 17. Juni 1953 anzubieten und die Gesamtbreite des aktuellen Forschungsstandes zu erfassen. Viele der dabei genutzten vertiefenden Analysen anderer Autoren aus den vergangenen zehn Jahren konnten allerdings nur komprimiert wiedergegeben werden. Auf Weiterführendes ist verwiesen, weil all die wertvollen Erkenntnisse für sich selbst stehen und den Rahmen zweier Buchdeckel sprengen würden. So wird es wahrscheinlich auch zukünftig nicht »die« Monographie über den 17. Juni 1953 geben.

Den Leser erwartet eine Analyse der Ursachen der wirtschaftlichen und politischen Krise in der DDR, die zu den Unruhen geführt haben. Die Krise kam durch die brachiale Politik der 2. Parteikonferenz 1952 zum Sozialismus und durch eine haltlose Aufrüstung und Militarisierung der DDR zum Ausbruch, war aber nicht monokausal in diesem einen Jahr, sondern in der SED-Politik seit spätestens 1948 angelegt. In der DDR entstand 1953 eine »revolutionäre Situation«, die sich in Streiks und Protesten bereits vor dem 17. Juni offenbarte. Das Fanal zum DDR-weiten Massenprotest gaben die Berliner Bauarbeiter am 16. Juni. Der vorerst hauptsächlich von sozialen Motiven getragene Protest entwickelte sich schnell zu einer politischen Erhebung gegen die SED-Herrschaft an sich. Dargestellt sind Entstehung und Verlauf der Protestbewegung für Berlin sowie alle Regionen der DDR, ohne daß es möglich war, die gesamte Vielfalt und Breite der Aktionen detailliert zu behandeln. Die Gewichtung nahm ich nach dem erreichten Entwicklungsgrad des Massenprotestes bis hin zu den zielgerichteten politischen Aufständen im Bitterfelder und Görlitzer Raum vor.

Das wissenschaftliche Hauptinteresse liegt auf den militärhistorischen Aspekten der Unruhen. So erfährt der geneigte Leser zusammengefaßt Wissenswertes über die Aufrüstung in der DDR, die Entstehung der KVP und die erste Phase einer Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Bewegend ist die Schilderung der Protestaktionen in vielen größeren Städten, bei denen es

alsbald zu einer Konfrontation der Demonstranten mit einer der Situation nicht gewachsenen DDR-Staatsmacht kam. Erst in den Mittags- und Nachmittagstunden des 17. Juni 1953 griffen sowjetische Besatzungstruppen und Einheiten der getarnten DDR-Armee, der KVP, ein. Warum so spät? Warum hat man die Streiks und Demonstrationen nicht bereits im Keim erstickt? Aufschlüsse und Antworten geben dazu bislang nicht zugängliche Dokumente. Die Untersuchung geht jedoch zudem verstärkt der Frage nach, was die Polizisten und Soldaten beim Einsatz gegen die Bevölkerung empfanden. Viele glaubten an eine bessere Gesellschaft in der DDR, mancher jedoch hegte Zweifel und konnte einen Einsatz gegen das Volk nicht mit seinem Gewissen vereinbaren.

Ein letztes analytisches Kapitel untersucht den Forschungstand zu den Teilnehmern, Forderungen und zum Charakter der Juni-Unruhen in der DDR. Dabei kommen Historiker mit unterschiedlichen Sichtweisen und Deutungen zu Wort. Damit soll dem Leser die Bandbreite der Diskussion offenbart und gleichzeitig die fruchtbare Kontroverse in Gang gehalten werden. Ein abschließendes Urteil wird wohl noch lange auf sich warten lassen und das scheint gut so, weil jeder Definition letztlich einengende oder interpretatorische Momente innewohnen.

Das Spannende bei der Neuerarbeitung des Themas für mich war, meinen damaligen Erkenntnisstand an dem nun über zehn Jahre währenden Fortschritt der Einsichten über den Volksaufstand zu messen. Vieles hat sich bestätigt, manche meiner Einschätzungen von damals habe ich kritisch in Frage gestellt, anderes wird weiterhin in der Diskussion bleiben. Ein konstruktiver und sachlicher Disput ist meines Erachtens nach fruchtbar für die auch weiterhin notwendige Forschung zu jenem prägenden Ereignis deutscher Nachkriegsgeschichte. Denn letztere kann bei weitem nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Es gibt noch Lücken bei der regional- und lokalgeschichtlichen Aufarbeitung ebenso wie bei der Analyse des Verhaltens von gesellschaftlichen Gruppierungen. Positive Ansätze gibt es in der Oppositionsforschung und zur biographischen Aufarbeitung der Streikführer. Letztlich läßt der beschränkte Zugang zu russischen Archiven immer noch manche Frage zum Einsatz der sowjetischen Besatzungstruppen und zum Wirken der Militärtribunale offen.

Keinesfalls darf der Volksaufstand auf die »fünf Tage im Juni« reduziert werden. Wichtig ist die Ergründung und Einordnung des 17. Juni in den Gesamtzusammenhang der DDR- und internationalen Entwicklungsphase von 1952 bis 1954[4] sowie der prägenden Folgen des Volksaufstandes über diesen Zeitraum hinaus. In diesem Band wird der Leser einiges zur Entwicklung des Sicherheitssystems der DDR-Staatsmacht gegen die eigene Bevölkerung im Gefolge des Volksaufstandes erfahren, die einer inneren

---

4 Dies wird zu Recht insbesondere durch die Autoren des Buches Der Tag X gefordert.

Mobilmachung gleicht. Ähnliche Prozesse sind in anderen gesellschaftlichen Bereichen und in der Staatspartei selbst zu beobachten.

Wichtig scheint mir zu guter Letzt die Erkenntnis, daß dieses Datum gerade im Prozeß der geistigen Wiedervereinigung des vierzig Jahre getrennt sozialisierten deutschen Volkes im Geschichtsdenken einen wichtigen Platz durch seine wissenschaftliche Aufarbeitung und mahnende Erinnerung behalten muß.

An dieser Stelle gilt der Dank allen, die die Entstehung des Manuskripts in unterschiedlichster Weise unterstützt und gefördert haben, seien es Kollegen und Freunde mit ihrer helfenden Kritik, Mitarbeiter des Militärarchivs Freiburg, des BStU und des Bundesarchivs Berlin. Für die wissenschaftliche Unterstützung möchte ich namentlich Oberst Dr. Hans Ehlert, Dr. Rüdiger Wenzke sowie Oberst Dr. Hans-Joachim Harder aus dem MGFA, Dr. Hans-Hermann Hertle, Dr. Burkhard Cieslar und Inge Schmöker aus dem Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam sowie Dr. Rainer Karlsch danken. Dank gilt auch dem akribischen Lektor, Dr. Hans-Joachim Beth, Frau Karin Hepp für die Übersetzungen sowie der gesamten Schriftleitung für die Manuskriptbearbeitung. Nicht zuletzt danke ich meiner lieben Frau Angelika, die nächtelange Arbeit erdulden und die nötigste Versorgung übernehmen mußte.

1. Der Weg in die Krise

Gesellschaftliche Konflikte brechen nicht unvermittelt und urplötzlich auf. Sie finden ihre Wurzeln meist weit vor der Eruption angelegt und entwikkeln sich mehr oder minder sichtbar. Im historischen Prozeß kündigen sie sich längerfristig durch einzelne Probleme und Konfliktpunkte an, die im sozialen Zusammenhang eher verschwommen und unklar wahrzunehmen sind. Damit bilden sie auch den idealen Nährboden für politische Fehleinschätzungen, zumal sie von den führenden politischen Kräften oft nicht als in der Politik angelegt erkannt werden.

Das trifft auch auf die gesellschaftliche Krise 1953 in der DDR zu. Ihre Ursachen[1] können nicht monokausal auf die falsche Politik der SED seit 1952 zurückgeführt werden, sondern sind in der gesamten Systementwicklung spätestens seit 1948 angelegt. Hinzu kommt, daß die Partei- und Staatsführung in hohem Maße dem äußeren Druck Moskaus ausgesetzt war und nur sehr bedingt souverän politische Entscheidungen treffen konnte. Dennoch verdeutlichen die Beschlüsse der SED, welche die Krise verursachten, sowohl eine auf Herrschafts- und Machterhaltung fixierte ebenso wie eine notfalls auch gegen das Volk gerichtete Politik. Das wachsende soziale und politische Konfliktpotential in der DDR-Gesellschaft hatte im Frühsommer 1953 einen kritischen Punkt erreicht.

Europa im Kalten Krieg

Die unmittelbare Vorgeschichte der Volkserhebung im Juni 1953 in der DDR begann ein Jahr zuvor. 1952 fielen bedeutungsvolle und folgenschwere Entscheidungen in der Auseinandersetzung der Mächte in Europa und mithin der beiden deutschen Staaten. Sie sollten in ihren Folgen das politi-

---

[1] Es soll nicht Aufgabe dieser unter besonderer Beachtung der militärhistorischen Aspekte der Juni-Unruhen stehenden Publikation sein, die wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Juni-Krise umfassend zu analysieren. Zu den Ursachen des 17. Juni 1953 gibt es eine reiche Auswahl an Literatur, die sich zumeist mit Einzelfragen, so mit der Lebenslage der Bevölkerung, der DDR-Wirtschaft, der Entwicklung der Industrie bzw. der Landwirtschaft, mit der Lage der privatwirtschaftenden Mittelschichten bzw. mit der Justiz befaßt. Umfassenderes dazu bei Baring, Buchheim, Bust-Bartels, Diedrich, Fricke, Hagen, Roth, »Der Tag X« und Schulz. Eine umfassende Analyse der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation im Bezug auf die Juni-Unruhen 1953 fehlt allerdings derzeit noch.

sche und gesellschaftliche Antlitz der DDR in einem Maße mitbestimmen, daß es heute rückschauend zulässig ist, das Jahr 1952 als ein Schlüsseljahr in der Entwicklungsgeschichte des SED-Staates zu bezeichnen. Dies gilt in seiner Kausalität der Ereignisse und Folgen auch für 1953, ohne daß alles, was die vierzigjährige DDR-Geschichte in Kontinuität und Wandel bestimmte, monokausal und ursächlich nur in den Jahren 1952/53 zu sehen ist.

Als beherrschende Kraft im sozialistischen Lager veranlaßte die Sowjetunion die DDR und die anderen Ostblockstaaten 1952 zu einem Kurswechsel unter planwirtschaftlich-militärischen Aspekten. Unmittelbarer Anlaß für die politische Richtungsänderung, welche die Gefahr einer endgültigen Spaltung Deutschlands für viele Bürger offensichtlich werden ließ, war die Unterzeichnung der Verträge über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den westeuropäischen Staaten und zur Bildung einer »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) im Mai 1952. Aus den Verträgen erwuchs in der Konsequenz die Aufstellung von westdeutschen Streitkräften und deren Einbeziehung in ein westliches Militärbündnis.

Ausgehend vom kommunistischen Weltbild des gesetzmäßigen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und der anfangs als unvermeidbar empfundenen militärischen Auseinandersetzung beider Gesellschaftssysteme, sahen Stalin und die KPdSU-Führung in dem Zusammenschluß westlicher Staaten eine akute Bedrohung der UdSSR und ihres Einfluß- und Machtbereichs in Europa. Stalin hatte in Fortschreibung von Lenins Theorie eine permanente Verschärfung der politischen, ökonomischen und ideologischen Auseinandersetzung als gesetzmäßig konstatiert. Eckpunkte zur Bestätigung seiner Theorie sah er in der Berlin-Krise 1948, der doppelten Staatsgründung auf deutschem Boden 1949 und dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950.

Letztlich maß Moskau den EVG-Verträgen die Bedeutung der unmittelbaren Kriegsvorbereitung des Westens und der Bundesrepublik gegen die UdSSR und das sozialistische Lager zu. In dieser Bedrohungsperzeption wurden die historischen Erfahrungen der UdSSR von Bürgerkrieg und Intervention 1918 bis 1920 und des deutschen Überfalls 1941 angesichts des tiefverwurzelten Antikommunismus in den führenden westlichen Ländern linear auf die Nachkriegsentwicklung fortgeschrieben. 1952 zog man nun die Schlußfolgerung, daß das sozialistische Lager für den möglicherweise bevorstehenden Krieg ökonomisch und militärisch besser gerüstet sein müsse als der potentielle Gegner.

Den von Moskau für die DDR erarbeiteten Kurs verkündete die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Er zielte darauf, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens »die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus« zu schaffen sowie eigene nationale Streitkräfte der DDR aufzustellen, mit deren Vorbereitung man seit 1948 längst begonnen hatte. Damit hatte Moskau grünes Licht für eine eigenständige DDR-Entwicklung gegeben, die

dem ostdeutschen Staat die Rolle eines »sozialistischen Bollwerks« gegenüber der Bundesrepublik und den westlichen Großmächten zudachte.

Letztendlich aber war die seit 1952 offensichtlich werdende Krise des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR eine internationale Krise und zugleich die erste Krise des stalinistischen Gesellschaftssystems. Sie resultierte aus der sowjetisch oktroyierten Stalinisierung in den Ostblockländern. In der SBZ/DDR war zielbewußt ein politisches System errichtet worden, welches schrittweise alle basisdemokratischen Ansätze der antifaschistisch-demokratischen Reform zugunsten einer »Diktatur des Proletariats«, die letztlich nichts anderes als die Diktatur der SED von sowjetischen Gnaden war, beseitigte. 1952 wollte die SED mit ihrem Kurswechsel politisch und ökonomisch die letzten föderativen Hemmnisse auf dem Weg zu einem von ihr allein beherrschten sozialistischen ostdeutschen Staat beseitigen. 1952 kulminierte eine Entwicklung, die ihre Wurzeln in der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung angelegt fand.

Der Zweite Weltkrieg hatte vielen Völkern der Erde großes Leid und Elend gebracht. Der Krieg war 1945 an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Das Dritte Reich erfuhr eine vernichtende militärische Niederlage, es verlor seine politische und physische Existenz. Die vier Siegermächte übernahmen auf deutschem Boden die oberste Regierungsgewalt. Die Folgen des Krieges fielen auf das deutsche Volk zurück, welches eine erhebliche Mitschuld am deutschen Nationalsozialismus und an seinen Weltherrschaftsgelüsten trug. Deutschland sollte für die Zerstörungen aufkommen und in seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur nie wieder in der Lage sein, Europa in einen Krieg zu ziehen.

In den Potsdamer Beschlüssen vom August 1945 schrieben die Siegermächte eine umfassende Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands als Vorbedingung dafür fest, daß dem deutschen Volk nach Abschluß eines Friedensvertrages die gleichberechtigte Rückkehr in die Völkergemeinschaft, seine souveränen Rechte in einem einheitlichen demokratischen deutschen Staat gewährt werden würden. Doch die Divergenz und das Mißtrauen zwischen bürgerlich-demokratischen und kommunistischen Gesellschaftsvorstellungen, die dem gemeinsamen Ringen gegen den Nationalsozialismus untergeordnet worden waren, traten schon in den Diskussionen um die politische Geographie eines Nachkriegseuropas erneut hervor. Es ging im Hintergrund vor allem um Macht und Einflußsphären bzw. um die Absicherung gegen das jeweilig andere System.

In allen noch zu Deutschland gehörenden Teilen brachen die Menschen aus den Trümmern auf, um die Folgen des Krieges, aber auch die Vergangenheit mit Faschismus und Militarismus zu überwinden. In den westlichen drei Besatzungszonen begannen unter der Ägide der USA, Großbritanniens und Frankreichs die neu- oder wiedererstandenen politischen Kräfte des deutschen Volkes ihre Vorstellungen von einer bürgerlichen Demokratie zu verwirklichen. Das künftige Deutschland sollte dem Modell der westlichen

freiheitlichen Demokratie entsprechen und politisch sowie wirtschaftlich in das westliche Lager eingemeindet werden. In einer solchen Einbindung sahen die USA, Großbritannien und Frankreich die beste Garantie dafür, daß sich Deutschland friedlich und demokratisch entwickeln werde.

Die Ausgangsbedingungen für den ostdeutschen Versuch, mit einer neuen Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild Krieg, Faschismus und Militarismus von deutschem Boden zu verbannen, waren bekanntlich äußerst problematisch. Die UdSSR förderte in ihrer Besatzungszone vor allem jene politischen Kräfte, die ihrem Weltbild am nächsten standen – Kommunisten und linke Sozialdemokraten. Entsprechend der Theorie Lenins gingen die Kommunisten in der Sowjetunion wie in Deutschland davon aus, daß Nationalsozialismus und Expansionismus in Deutschland nur überwunden werden können, wenn die »Wurzeln des Militarismus und des Krieges, das nach Expansion strebende Monopolkapital«, beseitigt würden. Das neue gesellschaftliche Gefüge des Sozialismus sollte nach dieser Sichtweise garantieren, daß von einem neuen deutschen Staat nur Frieden ausgeht.

Unter dem Eindruck des Krieges und in der Hoffnung auf eine bessere Gesellschaftsordnung identifizierten sich viele Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone mit der radikalen Beseitigung der alten Gesellschaftsstrukturen im Osten Deutschlands. Schrittweise jedoch wurden seit 1946 insbesondere von der Gruppe um den dogmatischen Kommunisten Walter Ulbricht und unter der Vorherrschaft Moskaus die zaghaften demokratischen Ansätze durch Strukturen des absoluten Machtmonopols der SED ersetzt. Stalins Interpretation des Sozialismusmodells fand in der SBZ seit 1948 mehr und mehr seine Realisierung.

Deutschland war im Herzen der künftigen europäischen Nachkriegsordnung aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke, seines Menschenpotentials und seiner strategischen Lage von immenser politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung. Deshalb prägte die Konfrontation der Gesellschaftssysteme im Kalten Krieg sowohl deren politische als auch militärische Ausformung mit. Letztlich teilte diese Auseinandersetzung um Macht und Einflußsphären Europa in zwei Lager, deren Konfrontationslinie sich quer durch Deutschland zog. In den verhärteten Fronten entwickelte sich das geteilte Deutschland mehr und mehr im Denken und in der praktizierten Politik der Besatzungsländer zu einem Unterpfand der Macht in Europa. In diesen Jahren entstanden die Grundlagen für eine wachsende Konfrontation um Deutschland wie auch auf deutschem Boden selbst, die letztlich den Rahmen der tiefen inneren Krise in der DDR 1953 bildeten.

Die Vorstellungen über die Schaffung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates, wie sie das Potsdamer Abkommen festgeschrieben hatte, verloren in der sich verschärfenden Konfrontation zwischen der UdSSR auf der einen und den westlichen Siegermächten auf der anderen Seite innerhalb einer immer kontroverser werdenden Politik schrittweise an Realität. Ost und West gingen in die Schützengräben des Kalten Krieges.

Die Verständigungsbereitschaft zwischen den gesellschaftlich divergierenden Mächten wich zusehends einem machtpolitischen Interessendenken.

1947 scheiterte die Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister am Dissens in der Deutschlandfrage. Die Westmächte sahen in den rigorosen gesellschaftlichen Veränderungen im Einflußbereich Moskaus und der Formierung eines kommunistisch orientierten Blocks unter der Ägide der UdSSR den Export der Revolution in die Nachbarländer und somit eine Gefahr für die westliche Demokratie. US-Präsident Harry S. Truman verkündete am 12. März seine Doktrin, in der er nicht nur dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Griechenland sowie der Türkei finanzielle Hilfe, sondern allen »in ihrer Freiheit bedrohten freien Völkern« politische und finanzielle Unterstützung der USA zusagte. Dies war der Beginn der antikommunistischen Eindämmungspolitik (Containment) Washingtons. Im Juni wurde der nach dem amerikanischen Außenminister Marshall benannte Marshall-Plan verkündet, der das ökonomisch-politische Pendant zur Truman-Doktrin darstellte. Das europäische Hilfs- und Wiederaufbauprogramm, an dem auch Deutschland teilhaben sollte, war an politische Forderungen geknüpft. Die Antihitlerkoalition zerfiel und der Kalte Krieg wurde nunmehr verschärft in Deutschland ausgetragen.

Zu einer ersten Kraftprobe kam es 1948. Auf der Londoner Sechsmächtekonferenz, zu der Vertreter der UdSSR nicht geladen worden waren, beschlossen die Westmächte und die Beneluxstaaten die Errichtung eines föderativen Regierungssystems und die Beteiligung Westdeutschlands am Marshall-Plan. Aus Protest gegen die Beschlüsse und die Gründung der gegen die UdSSR gerichteten Brüsseler »Westunion« verließ der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat, Marschall Vasilij D. Sokolovskij, dieses Gremium gemeinsamer Beratungen und Beschlüsse, das seitdem nicht mehr tagte. Im Juni 1948 führten die Westmächte in ihren drei Zonen eine separate Währungsreform durch. Diese Maßnahme glich einer ökonomischen Spaltung und fügte der SBZ extreme wirtschaftliche Schäden zu. Moskau antwortete mit der vollständigen Blockade Westberlins. Im Herzen Europas wuchs das Konfliktpotential für einen neuen Krieg.

Zur Erhaltung des Status quo und der politischen Verhältnisse in den Besatzungszonen entstanden unter erheblicher Einflußnahme der Großmächte 1949 mit der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zwei Staaten auf deutschem Boden. Diese wurden in der Folgezeit zum Spiegelbild der wachsenden Konflikte der divergierenden Gesellschaftssysteme.

Im Mai 1949 trat in den Westzonen das Grundgesetz in Kraft. Es konstituierte die Bundesrepublik vorerst nicht als Staat, sondern sollte die politische und gesellschaftliche Ordnung für eine »Übergangszeit« organisieren. In den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949 erlangten CDU und CSU eine knappe Stimmenmehrheit vor der SPD. Es formierten sich Bundesrat und Bundestag. Letzterer wählte im September Konrad Adenauer (CDU) zum Bundeskanzler.

Die UdSSR wies daraufhin die Gründung der DDR im Oktober 1949 an. Aus dem 2. Deutschen Volksrat, der im Mai 1949 aus den Teilnehmern des 3. Deutschen Volkskongresses in der SBZ gewählt worden war, entstand die Provisorische Volkskammer der DDR. Damit war die erste DDR-Regierung nicht aus Wahlen der gesamten Bevölkerung hervorgegangen, was der Bundesrepublik und den Westmächten den Anlaß gab, die DDR als legitimes Staatsgebilde anzuzweifeln und ihm die Anerkennung zu versagen. Bundesdeutsche Politiker beanspruchten die Alleinvertretung für das gesamte deutsche Volk. Diesen Anspruch konnte und wollte die in Ostdeutschland herrschende SED in keiner Weise anerkennen, zumal sie in der DDR das alleinig legitime, gesellschaftlich bessere System sah. Statt dessen erhofften die Kommunisten einen baldigen Sturz der Bonner Regierung durch die Arbeiterschaft und richteten ihren ideologischen Kampf in beiden deutschen Staaten darauf aus.

Die Verfassung, die sich die DDR 1949 gab, orientierte sich wie das bundesdeutsche Grundgesetz noch stark an der Weimarer Reichsverfassung und ging von der Unteilbarkeit Deutschlands und von einer einheitlichen Staatsbürgerschaft aus. Sie enthielt damit viele basisdemokratische Grundrechte, so Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit ebenso wie das Streikrecht. Hinsichtlich der hierin fixierten Rechte der DDR-Bürger jedoch praktizierte die regierende SED eine sehr eigene Politik, die letztlich nur das zuließ, was der offiziellen Staatspolitik nicht zuwiderlief. Das betraf sowohl das Wahlrecht, die freie politische Meinungsäußerung als auch die freie Kontaktaufnahme zu Westdeutschen und die Wohnortwahl. Bereits vor dem 17. Juni 1953 sollten sich viele Verfassungsrechte als Makulatur erweisen[2].

Unwillig und wohl auch unfähig zu einem Dialog mit der DDR, unterbrach die Adenauer-Regierung mit Unterstützung der Westmächte die politischen und ökonomischen Verbindungen zur DDR. In westdeutschen Führungskreisen nahm man den ostdeutschen Staat als ein Gebilde Moskaus und insbesondere als eine politische Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland wahr. Im Ausbau der ökonomischen und politischen Kraft des westlichen deutschen Staates sah Konrad Adenauer die Grundvoraussetzung für eine künftige Wiedervereinigung auf bürgerlich-demokratischer Basis. Somit war man an einer Aufrechterhaltung der Strukturen des einst zusammengehörenden Wirtschaftsmechanismus nicht interessiert. Ein Embargo für Stahllieferungen in die DDR oder die Verfolgung bundesdeutscher Unternehmer, die mit dem Osten wirtschaftliche Kontakte unterhielten, erzeugten in der DDR nachhaltige wirtschaftliche Probleme[3].

---

2 Vgl. Schröder, Der SED-Staat, S. 81.

3 Vgl. Petzina, Deutschland und die wirtschaftlichen Folgen des Ost-West-Konflikts, S. 154-157.

Die DDR hatte bereits große Probleme bei der Beseitigung der durch die Spaltung entstandenen Disproportionen in der Wirtschaft zu bewältigen, die sich zusätzlich durch eine wirtschaftliche Ausplünderungspolitik der UdSSR in den unmittelbaren Nachkriegsjahren verschärften. Mehr als 2000 Betriebe waren in der SBZ im Rahmen der Wiedergutmachung demontiert worden, wobei Willkür der sowjetischen Behörden keine Seltenheit war. Über 200 weitere Werke, zumeist Großbetriebe des Maschinenbaus und der chemischen Industrie sowie des Bergbaus, wandelte die UdSSR in Unternehmen der »Sowjetischen Aktiengesellschaft« (SAG) um, d.h. ihre Produkte mußten als Reparationsleistungen an die UdSSR abgeführt werden. Zu diesen gehörten Werke wie Buna, Leuna oder die Wismut. War der Substanzverlust der Wirtschaft mit 18,5 % durch Kriegsschäden noch mit dem in den westlichen Besatzungszonen vergleichbar, verlor die SBZ durch Demontagen 30 % der verbliebenen Kapazität (im Westen 3 %). Hinzu kamen Belastungen aus laufenden Reparationsleistungen von 23,7 % (West 7,2 %). Die UdSSR hatte 10 Milliarden Dollar Reparationsleistungen von Deutschland gefordert, nach neueren Berechnungen hat allein die DDR über 14 Milliarden zahlen müssen. All diese Potenzen fehlten der DDR beim Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft[4].

Die genannten Zahlen und Fakten verdeutlichen, wie immens die Belastungen der DDR-Wirtschaft durch die Kriegsfolgen und damit zusammenhängende Forderungen waren. Die wirtschaftliche Abgrenzungspolitik der Bundesrepublik erhöhte den Druck auf die DDR. Um so konsequenter erfolgte seitens der SED-Führung, auch auf ökonomischen Zwängen beruhend, die politische und wirtschaftliche Anbindung an die UdSSR und die östlichen Nachbarländer.

Im Zuge der wachsenden deutsch-deutschen Konfrontation gerieten für die Menschen in Ost- und Westdeutschland das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wunsch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten immer mehr in Widerstreit zu der praktizierten Politik der Großmächte sowie der führenden deutschen Parteien. Viele Deutsche empfanden eine Ohnmacht gegenüber der großen Weltpolitik und vertrauten auf das allseits postulierte Bestreben zur Wiedervereinigung. Im Vordergrund stand für sie jedoch zunächst die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Dank der Marshall-Plan-Hilfe entwickelte sich der Lebensstandard im Westen Deutschlands zusehends schneller als in der DDR. Allein diese soziale Entwicklung bewog viele DDR-Bürger, diesen Staat zu verlassen und einen neuen Anfang in der Bundesrepublik zu suchen.

Hinzu kam, daß der prostalinistische Kurs der SED auf Ablehnung stieß. Die innere Aversion gegen den sowjetischen Sozialismus und die »Sowjetisierung« der DDR entsprangen sowohl der nachwirkenden antibolschewistischen Ideologie des Dritten Reiches als auch dem Konfliktstoff einer Besat-

---

4 Vgl. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 55-93, 110-135, 228-232 und 290 f.

zungspolitik der UdSSR mit ihren administrativen Mechanismen und dem rigorosen Vorgehen gegen vermeintliche Feinde. Sie wurde in der Bundesrepublik und hinüberwirkend auch in der DDR zudem durch den wachsenden Antikommunismus in Politik und Ideologie der westlichen Welt geschürt.

All jene nicht zu unterdrückenden bzw. ideologisch auszumerzenden Empfindungen der DDR-Bürger blieben durch den Kreml und die SED-Führung unberücksichtigt, als 1952 in der DDR der politische Kurs zum Aufbau des Sozialismus eingeschlagen wurde.

Der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 und das politische und militärische Engagement sowohl der USA als auch der UdSSR in dieser Region riefen in Europa eine Kriegspsychose zwischen Ost und West hervor. Für die Westmächte bildete der Krieg einen weiteren Ausgangspunkt, um bereits angedachte Konzepte einer politischen und militärischen Integration der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Lager weiterzuentwickeln und in konkrete Verhandlungen einzutreten.

Auf der Außenministerkonferenz in Washington 1951 beschlossen die Westmächte, die Bundesrepublik gleichberechtigt in die »kontinentaleuropäische Gemeinschaft« aufzunehmen und an der westlichen Verteidigung zu beteiligen. Auf dieser Basis liefen die Verhandlungen zur Bildung der EVG, in der Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten und die Bundesrepublik die Integration der nationalen Streitkräfte unter einem gemeinsamen Oberbefehl vereinbaren wollten. Mit der Unterzeichnung der Verträge gedachte Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Bundesrepublik Deutschland als souveränen Staat in der westlichen Gemeinschaft zu etablieren und gleichzeitig in dem Militärbündnis einen Beitrag zur Sicherheit Westeuropas gegen die Bedrohung durch das »kommunistische Herrschaftssystem« zu leisten. Auch in militärischer Hinsicht sollte die Bundesrepublik so zu einem gleichberechtigten und akzeptierten Partner der führenden Mächte werden.

Das Schlüsseljahr 1952 in der DDR

Stalin und die Mächtigen in Moskau sahen in diesen Verträgen eine ernstzunehmende Bedrohung des Sozialismus in der UdSSR und für das sozialistische Lager überhaupt. Furcht bestand vor einem starken imperialistischen Deutschland und einer Phalanx westeuropäischer Industrieländer gegen die UdSSR. Die Förderung der »sozialistischen Revolution« in den ost- und südosteuropäischen Ländern im Gefolge des Zweiten Weltkrieges war in hohem Maße mit dem Sicherheitsbedürfnis der UdSSR verknüpft. Stark war das Interesse, einen Ring von Staaten um die Sowjetunion zu schaffen, von dem keine Gefahr für das riesige Imperium ausgehen konnte. Daß die Aus-

weitung des kommunistischen Systems im Westen als Expansionismus angesehen wurde, nahm man im Glauben an die Gesetzmäßigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus nur marginal wahr.

Auf der Grundlage der Gesellschaftstheorie insbesondere Lenins und ihrer Interpretation durch Stalin ging Moskau davon aus, daß sich in der Welt zwei Lager bilden würden, das sozialistische und das imperialistische, und daß deren militärische Auseinandersetzung unvermeidlich sei. Mit der Unterzeichnung der Verträge zur EVG schien sich 1952 die Zwei-Lager-Theorie endgültig zu bewahrheiten. Dennoch überraschte den sowjetischen Diktator der beabsichtigte Zusammenschluß westeuropäischer Staaten, da er die Auffassung vertrat, daß sich die europäischen Industriestaaten aufgrund ihres Machtstrebens und ihrer gegensätzlichen Interessenlagen nicht so schnell würden einigen können.

Im Zuge der sich herauskristallisierenden Einigung der Westmächte versuchten die UdSSR und die DDR, durch Notenwechsel aus der politischen Defensive herauszukommen und Bereitschaft zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu signalisieren. Am 10. März 1952 trat die Sowjetunion mit dem in die Geschichte als »Stalin-Note« eingegangenen Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland an die Westmächte heran. Das Papier offerierte dem deutschen Volk die Herstellung der deutschen Einheit, den Abzug aller Besatzungstruppen, die volle Souveränität bis hin zum Recht zur Aufstellung nationaler Streitkräfte. Als politische Rahmenbedingungen waren lediglich die Errichtung eines nicht näher definierten »demokratischen Staates« und der Verzicht auf die Teilnahme an jedweden Koalitionen und Militärbündnissen gefordert.

Offenbar schien die UdSSR bereit, sich auf minimale Essentials ihrer Sicherheitspolitik zu beschränken und auf ihren Einfluß auf Deutschland in hohem Maße verzichten zu wollen. Vor allem ging es Stalin jedoch darum, die scheinbar vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen um die EVG und die Westintegration zu torpedieren und mit den weitreichenden Vorschlägen erneute Verhandlungen zwischen Ost und West zu initiieren. Wenn die Grundpfeiler sowjetischer Sicherheitsinteressen erhalten blieben, war ein neutrales Deutschland und der Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Europa im Vergleich zur Errichtung eines gegen den Kommunismus gerichteten Militärpakts unter Teilnahme Westdeutschlands sicherlich aus Moskauer Sicht das kleinere Übel. Zugleich konnten sich aus den Verhandlungen um den Friedensvertrag mit Deutschland weitere Einflußmöglichkeiten der UdSSR in Europa ergeben[5].

Dennoch sprachen gewichtige militärische Faktoren gegen eine Aufgabe des ostdeutschen Staates als sowjetisches Einflußgebiet. Die DDR war der am weitesten vorgeschobene Posten des sowjetischen Imperiums im Herzen Europas und damit Ausgangsbasis und Operationsgebiet einer möglichen

---

5 Vgl. Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee, S. 81 - 86.